

**Rede zur Einbringung des Haushaltes 2015
in den Rat der Stadt Dorsten am 17. September 2014
von Bürgermeister Tobias Stockhoff**

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Dorsten,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand,
liebe Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

*„Besonders belastete Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben wieder eine
Perspektive.*

*Dank des Stärkungspaktes Stadtfinanzen sind sie auf Kurs,
um wieder handlungsfähig zu werden.“*

hieß es am Montag in einer Pressekonferenz und gleichlautenden Pressemitteilung
des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW.

- „Perspektive“
- „auf Kurs“
- „handlungsfähig“

das sind definitiv die drei entscheidenden Schlagworte in diesem kurzen Auszug aus
der Pressekonferenz.

Unser Kämmerer hat uns gerade Zahlen vorgestellt, die leider – zumindest was die
Zukunft bis 2021 betrifft – eine deutlich andere Sprache sprechen.

Fakten und Erwartungen, die wohl in fast allen Stärkungspaktkommunen, ob im Rest
des Kreises Recklinghausen oder in ganz NRW, ähnlich besorgniserregend sind.

Erschwerend bei diesem Ausblick kommt hinzu, dass wir uns konjunkturell, wenn
auch nicht an der Spitze, zumindest auf einem relativ soliden Plateau befinden.

Keiner von uns will nur annähernd daran denken, was passieren würde, wenn die Konjunktur, wenn Gewerbesteuereinnahmen einbrechen und die Ausgaben beispielsweise beim Jobcenter in die Höhe schnellen würden.

Viele von uns haben sich 2011 in einem gemeinsamen Kraftakt auf den Weg des Stärkungspaktes gemacht. Viele Diskussionen – gerechte und ungerechte – mussten wir dabei aushalten.

Wir haben die Dorstenerinnen und Dorstener bis zur Schmerzgrenze mit rund 8,5 Millionen Euro durch Grund- und Gewerbesteuererhöhungen belastet und gleichzeitig Leistungen in einer vergleichbaren Größenordnung eingespart.

Wären wir ein Telefon- oder Stromanbieter, hätten die Menschen wohl längst ihre Verträge bei uns gekündigt. Denn wer ist bereit für weniger Leistung, mehr zu bezahlen.

Mit großen Bauchschmerzen haben wir diese auf den ersten Blick widersinnigen Entscheidungen getroffen.

Wir waren dazu bereit, weil wir eine Perspektive für unsere schöne Stadt und deren dramatischen Haushaltslage gesehen haben und weil wir alle nach Gerichtsprozessen und endlosen Diskussionen wussten: *„Helfen wird uns doch keiner!“*

Inzwischen sind drei Jahre vergangen. Über 95 % der von uns beschlossenen Maßnahmen sind umgesetzt bzw. laufen planmäßig.

Darunter rund 90% der beschlossenen Sparmaßnahmen.

D. h., wir haben uns auch bei der Umsetzung nicht um die langfristig gesehen unangenehmeren Einsparmaßnahmen gedrückt.

Wir dürfen als Rat der Stadt, als Ausschüsse und als Verwaltung durchaus mit Selbstbewusstsein sagen:

„Wir befinden uns mit unseren HSP-Maßnahmen auf Kurs!“

Aber, wir dürfen jetzt nicht müde werden:

„Denn 5% der Maßnahmen sind noch umzusetzen.“

Jede 2011 beschlossene Sparmaßnahme, die wir durch „Nachjustieren“ nicht umsetzen, muss durch eine oder mehrere andere Maßnahmen oder durch Steuererhöhungen kompensiert werden. Das hat uns die Kommunalaufsicht auch in einem gestrigen Gespräch noch einmal eindeutig mit auf den Konsolidierungsweg gegeben.

Alle in Verwaltung, Politik oder Bürgerschaft, die mir aus mehr oder minder guten Gründen erklären, warum man die eine oder andere Sparmaßnahme nicht umsetzen kann bzw. als sozialen, kulturellen, pädagogischen oder ökologischen Gründen nicht umsetzen sollte, dem sollte klar sein, dass eine so simple wie unmissverständliche Frage kommen wird:

„Wo sollen wir stattdessen den Betrag einsparen?“

Wer auf diese Frage keine ernsthafte, seriöse und nachhaltige Antwort liefern kann, der wird in dieser und in folgenden Haushaltsdiskussionen kaum eine ernstzunehmende Rolle spielen können.

Zu Beginn meiner Rede habe ich auf die besorgniserregenden Zahlen verwiesen, die wir Mitte August quasi über Nacht vom Landrat für den Kreis Recklinghausen erhalten haben. Zusätzlich geplante Umlagenerhöhungen bei Kreis und besonders beim LWL, die uns und allen anderen Stärkungspaktkommunen das Genick brechen könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nicht ausschließen, dass wir uns durch gewisse Anpassungen von prognostizierten Zinssätzen, Personalkostensteigerungen und anderen Parametern noch einmal gemeinsam mit anderen Städten ins nächste Jahr mit einem genehmigungsfähigen Haushaltssanierungskonzept retten können. Die Genehmigungsfähigkeit für den Haushalt 2015 muss unser Ziel sein, um beispielsweise nicht von Förderprogrammen abgeschnitten zu werden.

Aber was passiert ab dem Jahr 2016?

Wenn die Sozialkosten bei Kreisen, LWL und LVR weiter exponentiell steigen, dann sieht es spätestens im Jahre 2016 mehr als düster für alle Haushaltssanierungspläne aus.

Dann müssten wir über jährliche Grundsteuererhöhungen von 50 oder gar 100 Punkten reden, um noch ausgeglichene Haushalte einbringen und beschließen zu können.

Aus meiner Sicht ein Zustand, der für keinen Stadtrat mit gesundem Menschenverstand noch zu vertreten wäre, weil wir in eine Steuererhöhungsspirale eintreten würde, deren Ende nicht absehbar wäre.

Und unter uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt schon Städte in NRW, denen wird unter der Hand durch die Kommunalaussicht des Innenministeriums ein Grundsteuerhebesatz von deutlich mehr als 1000 Punkten empfohlen.

Für mich völlig unvorstellbar – gerade auch im Hinblick auf unsere nördlichen Nachbarn Raesfeld, Reken oder Heiden.

Für unsere Landesregierung aber gegebenenfalls nur ein Federstrich eines Sparkommissars an einem fernen Düsseldorfer Winkel-Schreibtisch.

Bevor jetzt hier ein falscher Eindruck entsteht und auf intransparenten Internetseiten und im Facebook gemutmaßt wird: „*Das wussten die alles vorher!*“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

1. Wir erfüllen unsere HSP-Sparziele.
2. Wir haben uns in den letzten Jahren durch die Nachhaltigkeitssatzung mehr als eingeschränkt.
3. Wir haben Bürgern, Mitarbeitern und Unternehmen manchmal mehr als erträgliche und sinnvolle Sparmaßnahmen aufgebürdet.

Und jetzt werden wieder einmal durch externe Mehrbelastungen alle Bemühungen ad absurdum geführt.

An dieser Stelle könnte meine Rede enden und wir könnten in ein gemeinsames Wehklagen als Chor einstimmen.

Unabhängig davon, dass weder Hubert Große-Ruiken noch ich über die Qualifikation eines Chorleiters verfügen, wäre dieses Handeln aber auch so verantwortungslos unserer schönen Stadt und den Menschen gegenüber, wie die seit Jahrzehnten andauernde unzureichende Finanzausstattung des Landes NRW seinen Kommunen gegenüber.

Wie könnte dann aber eine Perspektive aussehen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass nur durch viele verlässliche Säulen die Haushaltssanierung der Städte und Gemeinden getragen werden kann.

Das heißt beispielsweise:

1. Der Bund muss endlich seine zugesagte Entlastung der Kommunen um rund 4 Milliarden Euro bei der Wiedereingliederungshilfe bei Menschen mit Behinderungen beschließen.

Und diese Mittel – immerhin rund vier Millionen für Dorsten jährlich – müssen den Kommunen zukommen und dürfen nicht durch die aktuell stattfindenden Trägerdiskussionen über höhere Standards verfrühstückt werden.

2. Das Land NRW muss sich dringend bei den Soziallasten stärker beteiligen und diese in NRW zwischen Land und Kommunen, aber auch zwischen den Kommunen gerechter verteilen.

Es ist auf Dauer unerträglich, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 82% der Sozialkosten aufbringen müssen und in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen oder Hessen die Kommunen gerade einmal 20% der Soziallasten tragen.

3. Eine Neugestaltung in Nordrhein-Westfalen des GFG, des Gemeindefinanzierungsgesetzes, scheint unumgänglich.

Wenn ich Ihnen sage, dass der Kreis Steinfurt deutlich höhere Schlüsselzuweisungen trotz erheblich niedriger ALG II-Fallzahlen als der Kreis Recklinghausen erhält, versteht selbst der mathematische Laie, dass an der Berechnungsgrundlage irgendetwas nicht passen kann.

4. Gemeinsam mit den anderen neun Städten im Kreis haben wir darauf gedrängt, dass der Kreis Recklinghausen der Bezirksregierung Münster gegenüber – vergleichbar wie wir – zukünftig regelmäßige Berichte zur Haushaltskonsolidierung vorlegen muss.

Nur so kann das seit vielen Jahren bestehende Misstrauen zwischen Kreis und Städten abgebaut werden sowie objektiv belegt werden, dass angekündigte Sparmaßnahmen beim Kreis wirklich erfolgen. Für die Kreisverwaltung müssen die gleichen Sparmaßstäbe gelten, wie für die Städte. Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass in der Kreisverwaltung beispielsweise andere Bezahlungsstandards beim Personal gelten, die aufgrund der Kreisumlage zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgesetzt werden.

5. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe muss sich fragen lassen, warum durch ihn verursachte Kosten deutlich höher liegen, als bei vergleichbaren Trägern in anderen Bundesländern.

Das waren nur fünf von vielen Beispielen für wichtige Säulen, die nicht durch unser Handeln aufgestellt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber auch wir müssen unseren Beitrag, unsere Säulen zur Haushaltskonsolidierung konsequent weiter ausbauen.

Dazu gehört für mich beispielsweise:

1. Die konsequente Umsetzung der noch ausstehenden HSP-Maßnahmen bzw. deren Kompensation durch seriöse Sparvorschläge.
2. Trotz unserer unzweifelhaft nicht im geringen Umfang vorhandenen Kooperationen mit anderen Städten, können wir die Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen. Dafür sehe ich große Chancen, die nicht nur zu Einsparungen führen werden, sondern auch an der einen oder anderen Stelle zu Verbesserungen beim Standard für die Bürgerinnen und Bürger führen könnten. Der Blick über die Kreisgrenze hinaus, beispielsweise nach Bottrop oder Schermbeck, ist für mich dabei selbstverständlich.
3. In den Bereichen Grünpflege und Sauberkeit will ich gemeinsam mit den zuständigen Dezernenten, Fachämtern und Fachpolitikern Wege einer stärkeren Einbindung der Bürgerschaft erarbeiten. Dieses kann nur funktionieren, wenn wir als Politik und Verwaltung die Betreuung von Spielplatz- und Grünpatenschaften optimieren.

Darüber hinaus müssen wir uns bei der Neu- und Umgestaltung von Grünflächen – unter Beibehaltung der ökologischen Zielvorgaben – über einfacher zu pflegende Grünflächen Gedanken machen.

In Zeiten knapper Kassen werden wir noch genauer als vorher abwägen müssen, in welchem Umfang wir vermeintlich akademische Grundsätze bei der Grünflächenplanung berücksichtigen können.

4. Auch die Einnahmesituation müssen wir in den nächsten Jahren lokal verbessern. Durch die Neuansiedlung von neuen oder die Erweiterung von bestehenden Unternehmen schaffen wir nicht nur neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Wir erreichen, wie in den letzten Jahren kontinuierlich erkennbar, auch eine Steigerung bei den Gewerbesteuerereinnahmen.

Und so wünsche ich mir sowohl in unserer Stadt, aber insbesondere in unserem Kreis, in unserer Region im Hinblick auf infrastrukturelle Projekte und die Neuan siedlung von Unternehmungen mehr Mut. Wir sollten nicht längst vergangenen Kohle- und Stahlzeiten nachtrauern, sondern mit Mut in die Zukunft blicken.

5. Durch das Fortsetzen der nachhaltigen energetischen Sanierung unseres Immobilienbestandes tun wir in Dorsten nicht nur etwas für den Klimaschutz und reduzieren den Rohstoffverbrauch. Wir können auch erhebliche Einsparungen im Energiebereich erzielen oder zumindest den Anstieg bei Strom- und Heizkosten signifikant abmildern.

Diesen Weg müssen wir immer dort konsequent weitergehen und ausweiten, wo wir nachhaltige Einsparungen erwarten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unabhängig davon, ob Bund, Land, LWL und Kreis ihre Hausaufgaben erledigen, wir haben Verantwortung für die nächsten sechs Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt übertragen bekommen.

Dieser Verantwortung will ich gemeinsam mit Ihnen, unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden.

Mal als Anwalt und konstruktiver Stachel im Fleisch bei Bund, Land, LWL und Kreis. Mal als Moderator und Motivator in unserer Stadt, wenn wir uns mit unseren eigenen Zielen schwertun.

Aber immer mit großer Leidenschaft und Herzblut für unsere Heimatstadt.

Diesen Weg können wir nur gemeinsam gehen.

Deshalb danke ich allen, die diesen Weg in den letzten drei Jahren ermöglicht haben und ihn trotz erheblicher Belastungen mitgegangen sind.

Ihnen, den Ratsmitgliedern, die sich für jede Maßnahme nicht selten rechtfertigen mussten.

Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen – heute besonders denen aus der Kämmerei – die durch Arbeitsverdichtung, Wiederbesetzungs- und Beförderungssperren einen großen Teil der Einsparungen am eigenen Leib spüren.

Und nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern, die den o. g. Vertrag nicht mit der Stadt gekündigt haben und sich auf vielfältigste Art und Weise immer noch in unserer Stadt in Beruf und Ehrenamt einbringen, um Dorsten Tag für Tag lebenswerter zu machen.

Enden möchte ich mit einem Zitat von Anthony Eden, einem britischen Politiker, der das Kernproblem der Haushalts- und Finanzpolitik in einem Satz zusammengefasst hat.

*„Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen
und Freigebigkeit im Besonderen.“*

Herzlichen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort!